leben.natur.vielfalt

die Strategie

Kommunale Biodiversitätsstrategien

Inhaltsverzeichnis

Vorworte 2
Einleitung. 4
Ziele & Inhalte 6
Strategieentwicklung & Erarbeitung 8
Umsetzung 10
Monitoring & Evaluation 12
Querschnittsthema: Bürgerbeteiligung 14
Exkurs: Erfolgsfaktoren 16
Checkliste. 18
Impressum 19

Bundesamt für Naturschutz

Biologische Vielfalt umfasst sowohl die Vielfalt innerhalb und zwischen den Arten als auch die Vielfalt der Ökosysteme, sie bezieht sich zudem sowohl auf deren Schutz als auch auf die nachhaltige Nutzung. Ebenso komplex und vielschichtig wie der Begriff selbst ist dementsprechend auch die Aufgabe den Erhalt der biologischen Vielfalt zu sichern. Die Bundesregierung hat aus diesem Anlass bereits 2007 die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt verabschiedet und damit ein umfassendes und langfristiges Konzept zum Schutz der biologischen Vielfalt in ihren unterschiedlichen Dimensionen vorgelegt. Die Verwirklichung der darin genannten Ziele und Maßnahmen ist jedoch keine Aufgabe des Bundes allein, sondern betrifft alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, wenn sich Städte und Gemeinden dazu entschließen, entsprechende Strategien auch auf kommunaler Ebene zu implementieren und damit einen der Komplexität der Thematik entsprechenden Ansatz zum Erhalt der biologischen Vielfalt verfolgen. Denn neben den unmittelbaren Effekten im Sinne des Naturschutzes, können solche Biodiversitätsstrategien auch zum Verständnis und zur Wertschätzung der biologischen Vielfalt innerhalb der Bevölkerung beitragen. Hier bestehen große Potenziale, die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubeziehen und die von der Bevölkerung ausgehenden kreativen Ideen und Handlungsmöglichkeiten zum Schutz der Biologischen Vielfalt aufzugreifen. Die vorliegende Broschüre stellt hierzu erste Erfahrungen aus der kommunalen Praxis vor und soll Sie bei der Erarbeitung und Umsetzung einer eigenen Strategie unterstützen. Im Sinne der biologischen Vielfalt wünsche ich Ihnen hierbei viel Erfolg!

Prof. Dr. Beate Jessel
Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz

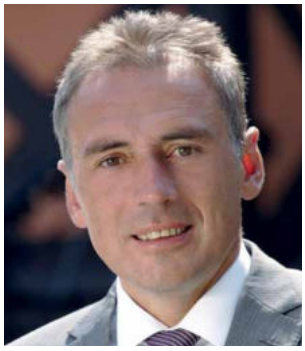
Deutsche Umwelthilfe e.V.

In vielen Kommunen wird seit Jahren vorbildliches in Sachen Naturschutz geleistet: Die Deutsche Umwelthilfe hat in ihren Broschüren zahlreiche Projektbeispiele aus der kommunalen Praxis vorgestellt, die veranschaulichen, wie beispielsweise die naturnahe Gestaltung öffentlicher Grünflächen oder die Renaturierung verbauter Gewässer gelingen kann. Wettbewerbe wie die Bundeshauptstadt der Biodiversität haben zudem verdeutlicht, dass viele Kommunen nicht nur mit einzelnen Projekten, sondern allgemein im Naturschutz hervorragend aufgestellt sind. Gerade für die Vorreiter in Sachen Naturschutz ist es daher naheliegend, die Vielzahl ihrer Bemühungen in einem einheitlichen Konzept zusammenzufassen und damit nach Außen hin sichtbar zu machen. Aber auch für Kommunen, die noch am Beginn ihrer Bemühungen stehen, können Biodiversitätsstrategien ein sinnvolles Instrument darstellen, um sich dem Thema auf eine systematische und nachhaltige Weise zu nähern. Unabhängig von der Ausgangslage bieten Biodiversitätsstrategien zudem die Möglichkeit, einer selektiven Wahrnehmung des Naturschutzes als Verhinderer von städtebaulichen Projekten oder einer den Menschen ausgrenzenden Schutzgebietskategorie entgegenzutreten und auf die integrative Wirkung städtischen Grüns und deren enormer Bedeutung für Mensch und Natur in einem langfristigen Gesamtzusammenhang hinzuweisen. Mit dieser Broschüre möchten wir Sie dabei unterstützen und dazu motivieren, eine auf ihre Bedürfnisse und Ausgangsbedingungen passende Strategie zu entwickeln!

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.

Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.



Brauchen Kommunen neben Umweltbericht, Landschaftsplan sowie diversen Artenschutzprogrammen und Aktionsplänen tatsächlich noch ein weiteres planerisches Instrument im Bereich des Naturschutzes? Entscheidend für die Beantwortung dieser Frage ist sicherlich die Feststellung, dass der Wert von Biodiversitätsstrategien weniger in der Strategie als gedrucktem Dokument, als vielmehr im Prozess der Erarbeitung und Umsetzung liegt. Den Kommunen bietet sich hierbei die Möglichkeit, mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, lokalen Naturschutzverbänden und vielen weiteren Akteuren ein gemeinsames Selbstverständnis in Bezug auf den Naturschutz zu entwickeln. Denn die Art und Weise wie wir heute Naturschutz definieren, ist in hohem Maße kulturell geprägt. Welche Arten, wo und auf welche Weise geschützt werden, ist immer auch eine Frage der Ressourcenverteilung und nicht allein naturschutzfachlicher Notwendigkeiten. Wem es gelingt, im Rahmen eines gesellschaftlichen Diskurses Konsens über die zukünftigen Leitlinien des Naturschutzes zu erzielen, kann auch für die Umsetzung konkreter Maßnahmen auf die Unterstützung der Bevölkerung hoffen. Biodiversitätsstrategien ersetzen damit nicht die fachliche Detailarbeit der eingangs erwähnten Instrumente. Sie stellen diese vielmehr in einen gemeinsamen Handlungs- und Interpretationszusammenhang, der auch Bürgerinnen und Bürgern den Zugang und das Verständnis für den Naturschutz ermöglicht. In diesem Sinne möchte ich die eingangs gestellte Frage entschieden bejahen! Auch in Wernigerode werden wir eine kommunale Biodiversitätsstrategie erarbeiten und ich hoffe, dass diese Broschüre uns und vielen weiteren Kommunen dabei eine wertvolle Hilfestellung bietet.

Peter Gaffert
Oberbürgermeisters der Stadt Wernigerode
und Vorstandsvorsitzender des Bündnisses
„Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.

Biodiversitätsstrategien – Ein Gewinn für die Kommunen?

Kommunen tragen eine hohe Verantwortung für den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt. Sie repräsentieren die politische Ebene, die den Menschen am nächsten steht und haben die Verantwortung, das öffentliche Bewusstsein zur Bedeutung der biologischen Vielfalt zu stärken. Angesichts ihrer umfassenden Kompetenzen in Planung, Verwaltung und Politik und der damit verbundenen Entscheidung über den Umgang mit der Natur und Landschaft vor Ort verfügen sie über zahlreiche Möglichkeiten zum Erhalt der biologischen Vielfalt beizutragen. Um nachhaltig und effizient einen effektiven Schutz der örtlichen Biodiversität zu erzielen, ist ein planvolles Vorgehen unerlässlich. Neben Landschaftsplan, Umweltbericht sowie Aktionsplänen für einzelne Arten und Lebensräume sind in vielen Kommunen daher bereits Biodiversitätsstrategien verabschiedet worden, derzeit in Bearbeitung oder für die Zukunft geplant.

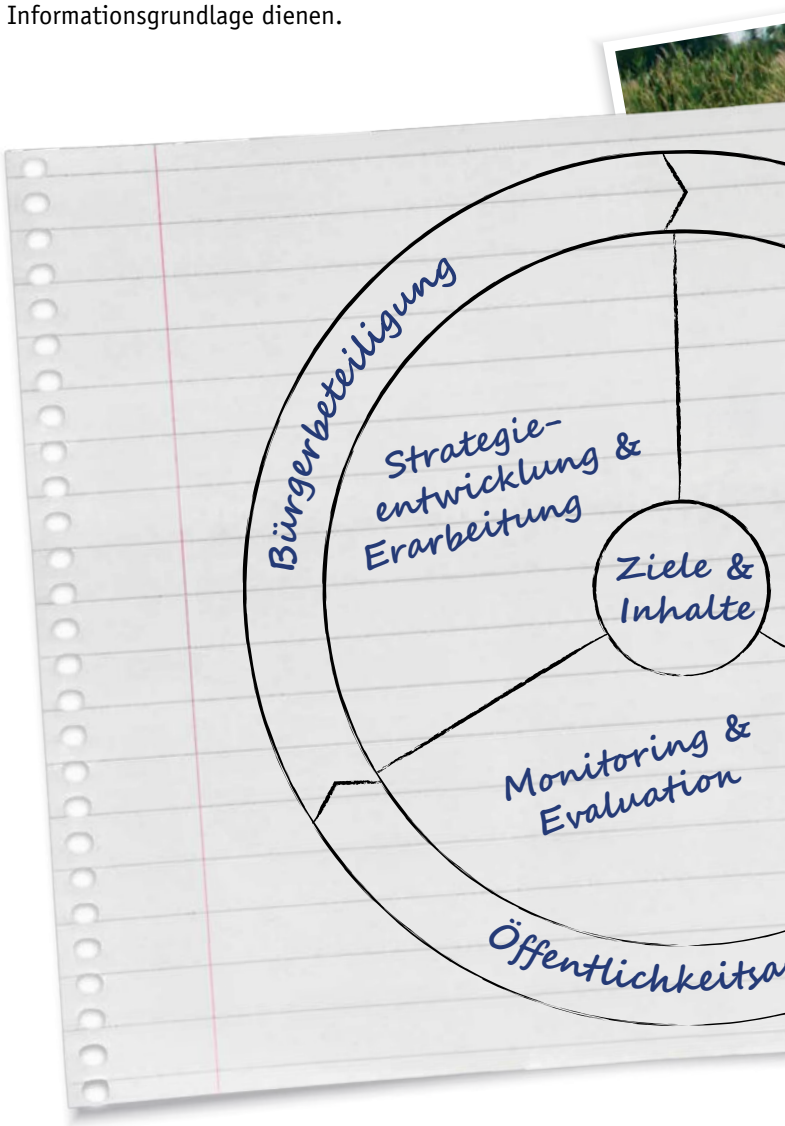
Was genau verbirgt sich jedoch hinter dem in Mode gekommen Begriff und wie lässt er sich von bereits etablierten Planungsinstrumenten des kommunalen Naturschutzes abgrenzen? Welcher Nutzen ist für die Kommunen mit der Verabschiedung einer Biodiversitätsstrategie verbunden und was gilt es bei der Erarbeitung und Umsetzung solcher Strategien zu beachten? Auf diese und weitere Fragen will die vorliegende Broschüre erste Antworten bieten. Da bislang noch keine systematischen Untersuchungen zum Thema vorliegen, wird hierzu auf die Erfahrungen jener Kommunen zurückgegriffen, die bereits eine Biodiversitätsstrategie verabschiedet haben oder momentan erarbeiten. Anspruch auf Vollständigkeit oder wissenschaftliche Evidenz erhebt die Broschüre nicht – sie spiegelt vielmehr die Ergebnisse eines Workshops vom April 2013 zum Thema „Kommunale Biodiversitätsstrategien“ wieder und soll als erste Orientierung für den Einstieg in den komplexen Themenbereich dienen.

Was sind kommunale Biodiversitätsstrategien?

Kommunale Biodiversitätsstrategien können als systematische Erfassung, Darstellung und Abstimmung vergangener und zukünftiger Naturschutzaktivitäten unter gegebenen rechtlichen, ökonomischen, planerischen und ökologischen Ausgangsbedingungen verstanden werden. Sie beschreiben den ökologischen Ist-Zustand einer Kommune, stellen die bisherigen Naturschutzaktivitäten dar, formulieren Ziele und Maßnahmen und dokumentieren bislang erzielte Erfolge. Darüber hinaus bieten sie die Chance, im Rahmen eines gesellschaftlichen Diskurses gemeinsam getragene Vorstellungen des kommunalen Naturschutzes zu entwickeln und somit zusätzliche Ressourcen im Sinne einer kooperativen Umsetzung zu mobilisieren. Biodiversitätsstrategien stellen idealerweise also eine von allen Beteiligten getragene, freiwillige Selbstverpflichtung sowie ein Handlungsprogramm zum Schutz, Erhalt und zur Förderung der biologischen Vielfalt auf kommunaler Ebene dar.

Im Gegensatz zur Landschaftsplanung sind Biodiversitätsstrategien jedoch nicht an die Erfüllung formeller Vorgaben gebunden, sondern ergänzen diese vielmehr um Handlungsfelder, welche die räumliche Planung nicht leisten kann (z. B. Bildungsarbeit, Kampagnen etc.). Sie konzentrieren sich auf den Bereich des Naturschutzes und klammern im Vergleich zu den Umweltberichten der strategischen Umweltprüfung Themen wie Klimaschutz, Abfall oder Lärm aus. Über einzelne Aktionspläne und Schutzprogramme gehen sie insofern hinaus, dass sie sich nicht auf einzelne Arten(-gruppen) oder Lebensräume begrenzen, sondern deren Schutz als Teilbereich eines umfassenden Handlungszusammenhangs darstellen.

In diesem Sinne ergänzen Biodiversitätsstrategien die genannten Instrumente dahingehend, dass Sie eine in die Zukunft gerichtete Gesamtschau der kommunalen Naturschutzaktivitäten bieten und dabei gleichzeitig der Verwaltung als ein auf Freiwilligkeit basierendes Arbeitsprogramm sowie den Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern als Informationsgrundlage dienen.



Worauf geht die Idee kommunaler Biodiversitätsstrategien zurück?

Biodiversitätsstrategien sind ein noch junges Phänomen, das auf das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) der Vereinten Nationen zurückgeht und sich kaskadenförmig über alle politischen Ebenen bis hin zur kommunalen verbreitet hat.

Das CBD wurde auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro beschlossen und zielt auf die Bewahrung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen ab. Dem Übereinkommen sind inzwischen 189 Staaten beigetreten. Deutschland hat das Übereinkommen 1993 ratifiziert. Artikel 6 der CBD sieht vor, dass „jede Vertragspartei [...] nationale Strategien, Pläne oder Programme zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt entwickeln oder zu diesem Zweck ihre bestehenden Strategien, Pläne und Programme anpassen“ wird.

Mit der Verabschiedung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) am 7. November 2007 hat die Bundesregierung diese Vorgabe erfüllt und erstmals eine umfassende Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt vorgelegt. Durch die Verwirklichung von rund 330 Zielen und 430 Maßnahmen mit einem Zeithorizont bis zum Jahr 2020 soll der Rückgang der biologischen Vielfalt im Bundesgebiet gestoppt werden. Im Sinne der Umsetzung der NBS haben in der Folge auch die Bundesländer Biodiversitätsstrategien erarbeitet, welche wiederum auf der kommunalen Ebene entsprechende Strategieprozesse ausgelöst haben. Eine Zusammenstellung der aktuell vorliegenden Biodiversitätsstrategien der Bundeländer und Kommunen finden Sie unter www.kommbio.de.

Welchen Nutzen bieten Biodiversitätsstrategien den Kommunen?

Der konzeptionelle Ansatz von Biodiversitätsstrategien bietet den Kommunen zahlreiche Vorteile: Übergeordnete Ziele werden formuliert und Einzelprojekte und -aktivitäten in einen größeren Zusammenhang gestellt. Mit der Verabschiedung einer Biodiversitätsstrategie durch die entsprechenden politischen Gremien wird ein hohes Maß an Verbindlichkeit und politischer Unterstützung geschaffen. Dies verleiht dem Schutz der Biodiversität nicht nur an Bedeutung, es verhilft dem amtlichen sowie ehrenamtlichen Naturschutz auch an Argumentationsstärke. Meist sind Biodiversitätsstrategien zudem mit einer Bestandsaufnahme der bisherigen Aktivitäten verbunden, so dass Defizite aufgedeckt und strategisch angegangen werden können. Eine entsprechende Aufbereitung vorausgesetzt, vermitteln sie ein lebendiges Bild der biologischen Vielfalt vor Ort und der Aktivitäten zu ihrem Schutz sowie deren Bedeutung für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürgern. In diesem Sinne können der Naturschutz im Rahmen einer Biodiversitätsstrategie als kommunale Gemeinschaftsaufgabe dargestellt, Akteure innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung zur Mitarbeit motiviert und Interessenkonflikte frühzeitig erkannt und bestenfalls auch gelöst werden.

Phasenmodell

Um Sie bei der Erarbeitung einer eigenen Biodiversitätsstrategie zu unterstützen, wurde die vorliegende Broschüre anhand eines Phasenmodelles für die Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Biodiversitätsstrategien strukturiert. Damit wird ein stark vereinfachtes Bild der tatsächlich stattfindenden Prozesse wiedergegeben, die in der Realität oft nicht eindeutig zu unterscheiden sind, sich überschneiden oder parallel zueinander verlaufen. Durch die gewählte Darstellungsweise kann jedoch die Aufmerksamkeit auf bestimmte Prozesse und Akteure gelenkt werden, deren Berücksichtigung wesentlich zum Erfolg Ihrer Biodiversitätsstrategie beitragen kann.

Auf den ersten Blick wirken die bislang vorliegenden Biodiversitätsstrategien so verschieden wie die Kommunen, in denen sie verabschiedet wurden. Bei genauerer Betrachtung werden jedoch große Gemeinsamkeiten in Hinblick auf Inhalt und Struktur erkennbar. Bemerkenswert ist zunächst, dass es für einen Großteil der Strategien konkrete Vorlagen gab, deren formaler Aufbau zum Teil eins zu eins übernommen wurde. Die Biodiversitätsstrategien der Bundesländer oder die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen" scheinen hierzu besonders geeignet. Darüber hinaus lassen sich Parallelen auch in Bezug auf die dargestellten Inhalte aufzeigen. So beginnen fast alle Strategien mit einer allgemeinen Einführung, die auf die Bedeutung und Bedrohung der biologischen Vielfalt eingeht, den übergeordneten Handlungsrahmen darstellt und allgemeine Zielsetzungen formuliert. Zudem findet sich in allen Strategien eine mehr oder weniger explizite Unterteilung in Ziele und Maßnahmen zur unmittelbaren Beeinflussung der biologischen Vielfalt sowie zu flankierenden Maßnahmen im Sinne von Umweltbildung und Kooperation. Im Detail müssen sich Strategien natürlich an den lokalen Gegebenheiten orientieren, für den ersten Einstieg und eine grobe Gliederung scheint das „Plagiat" jedoch nicht nur sinnvoll, sondern natürlich auch erlaubt.

Beispiel für die Struktur einer Biodiversitätsstrategie

0. Vorwort

I. Einleitung

Handlungsrahmen; allgemeine Zielsetzungen/Leitlinien;
Handlungsgrundlagen; Definition „Biologische Vielfalt";
Gründe des Artensterbens; Ökosystemleistungen

II. Direkte Ziele und Maßnahmen

- Lebensraumvielfalt (einzelne Lebensraumtypen;
  lokal besonders schützenswerte Lebensräume; Schutzgebiete etc.)
- Artenvielfalt (einzelne Arten; lokal besonders schützenswerte Arten;
  invasive Arten; Artenschutzprogramme etc.)
- Genetische Vielfalt (Schutz durch Nutzung; gentechnisch veränderte
  Pflanzen; alte regionale Sorten / Nutztierrassen etc.)
- Biotopverbund (Biotopverbundsysteme; Schutzgebietsnetze;
  Ökologische Durchlässigkeit von Verkehrswegen etc.)
- Urbane Biodiversität (Urbane Wildnis; öffentliche Grün- und
  Freiflächen; Straßenbäume und –begleitgrün; private Freiflächen;
  Brachflächen; ökologisches Grünflächenmanagement etc.)
- Nachhaltige Nutzung (Umweltverträgliche Formen der Land- und
  Forstwirtschaft; Gewässerschutz etc.)

III. Flankierende Maßnahmen

Aufklärung; Umweltbildung; Naturerfahrung; Beteiligung; Kooperation;
Wissenschaft / Forschung; private Initiativen; Engagement der Wirtschaft;
öffentliches Bauwesen und Beschaffung etc.

IV. Übersicht bestehender und geplanter Projekte

Landeshauptstadt Hannover – Vielfalt nach Plan

Hannover gehörte zu den ersten Kommunen in Deutschland, welche mit einer Biodiversitätsstrategie eine systematische und umfassende Gesamtschau ihrer Naturschutzaktivitäten und -ziele verabschiedet hat. Heute gilt das Biodiversitätsprogramm „Mehr Natur in der Stadt" als bundesweites Vorzeigeprojekt mit guten Ergebnissen. Überzeugend sind dabei jedoch nicht nur die Inhalte selbst, sondern auch ihre systematische Aufarbeitung und ansprechende Darstellung, durch die der Spagat zwischen Arbeitsprogramm der Verwaltung und Informationsgrundlage für Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erfolgreich gemeistert wurde.

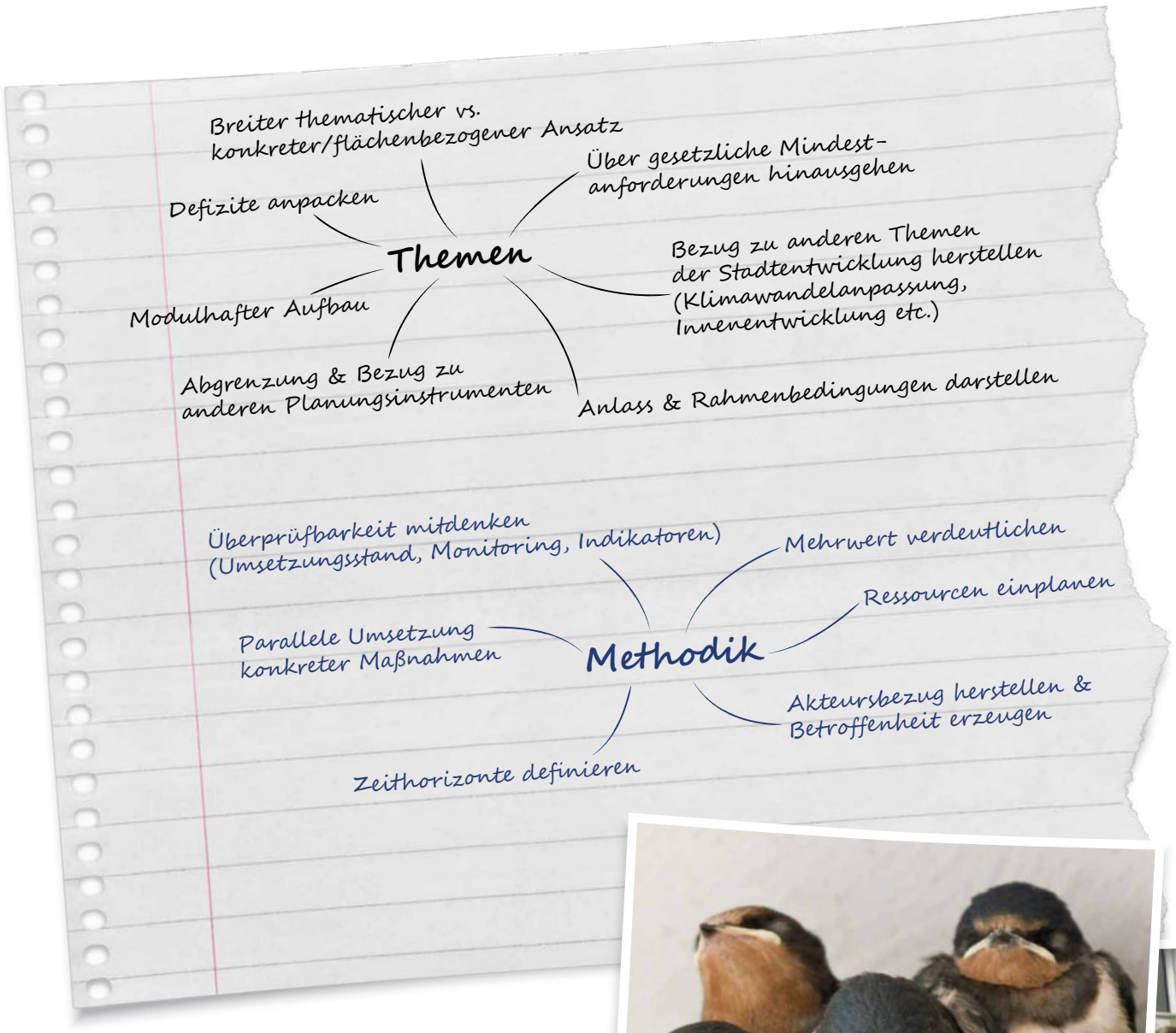
Bei der Programmerarbeitung wurden in einem Brainstormingprozess zunächst alle Ideen und Visionen gesammelt, die sich mit dem Thema Biodiversität verbinden. In dieser Ideensammlung wurden zwei Schwerpunkte deutlich, die schließlich als die zentralen Handlungsfelder der Strategie definiert wurden: Das erste Handlungsfeld umfasst direkte Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität, wie zum Beispiel Hilfsprogramme für einzelne Tier- und Pflanzenarten oder Konzepte für die Bewirtschaftung und Entwicklung der städtischen Wälder und Landschaftsräume. Das zweite Handlungsfeld wurde unter dem Titel „Menschen für die Natur begeistern" zusammengefasst und beinhaltet Maßnahmen im Bereich Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit, die indirekt zur Erhaltung und Verbesserung der biologischen Vielfalt beitragen. Hier geht es darum, bei möglichst vielen Menschen Interesse für das Thema zu wecken, ihnen direkte Begegnungen mit Tieren, Pflanzen und ihren Lebensräumen zu ermöglichen und sie damit für die Natur in ihrer Nähe zu begeistern. Für beide Handlungsfelder wurden allgemeine Leitbilder mit Ideen und Visionen formuliert und bereits vorhandene Projekte und Handlungsansätze analysiert. Auf diese Weise kristallisierte sich heraus, wo neue und weiterführende Handlungsschritte und Projekte sinnvoll und notwendig sind und wo durch Verknüpfungen zwischen schon bestehenden Projekten und Ideen neue Qualitäten entstehen können. Durch praktische Beispiele wird den Leserinnen und Lesern zudem ein Bild davon vermittelt, wie die genannten Ziele konkret umgesetzt werden sollen.

Einzelne Maßnahmen wie der bereits erfolgte Bau eines Amphibienleitsystems oder geplante Patenschaften für Kleingewässer werden so zu Bausteinen eines Artenhilfsprogramms für Amphibien, bei dessen Erarbeitung, Umsetzung und Weiterentwicklung die Stadt Hannover auf die Zusammenarbeit mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem ehrenamtlichen Naturschutz setzt. Das Amphibienschutzprogramm soll zusammen mit weiteren Programmen, beispielsweise für Vögel und verschiedene Pflanzenarten, die bisherigen eher punktuell durchgeführten Artenschutzmaßnahmen ergänzen und damit zusätzliche Kontinuität und eine Systematisierung bestehender Ansätze bewirken. Gleichzeitig werden, beispielsweise im Rahmen der erwähnten Patenschaften für Kleingewässer, Bürgerinnen und Bürger in deren Pflege und Entwicklung eingebunden. Speziell für Kinder und Jugendliche sollen damit Angebote zur Naturerfahrung und -beobachtung im unmittelbaren Lebensumfeld geschaffen werden: Ein wichtiger Beitrag zur Umweltbildung und zur Lebensqualität in der Stadt und ein zentrales Leitbild des Biodiversitätsprogramms der Landeshauptstadt Hannover!

Expertentipp:

„Strategien sollen Möglichkeiten schaffen und nicht eingrenzen. Neben dem Bekenntnis zu verbindlichen Artenschutzmaßnahmen und überprüfbaren Zielen, sollten sie daher einen Handlungsrahmen bieten, der Spielräume ermöglicht, um flexibel auf zukünftige Entwicklungen zu reagieren und mit dem das Potential beispielsweise eigendynamischer Beteiligungsprozesse genutzt werden kann."

Herr Ulrich Schmersow
Landeshauptstadt Hannover
Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
E-Mail: ulrich.schmersow@hannover-stadt.de



Die Phase von der Initiierung über die Erarbeitung bis hin zur Verabschiedung eines Projekts ist entscheidend für dessen Erfolg. Prominente Beispiele veranschaulichen, dass hier gemachte Fehler und Versäumnisse später nur noch mit großem Aufwand korrigiert werden können. Sowohl auf fachlicher Ebene als auch bei der Planung des Gesamtprozesses gilt es daher für die Erarbeitung kommunaler Biodiversitätsstrategien, eine Vielzahl an Faktoren zu berücksichtigen. Angesichts der thematischen Reichweite, langfristiger Zeithorizonte und der Pluralität zu berücksichtigender Interessen stellt dies eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar. Es gilt daher, alle relevanten Akteure frühzeitig mit ins Boot zu holen, um in enger Abstimmung eine Definition der Ausgangsbedingungen vorzunehmen und Ziele und Handlungsalternativen zu formulieren. Im Vorfeld festgelegte Zeithorizonte sowie der Fokus auf die Realisierung der angedachten Ideen sollten dabei stets im Auge behalten werden.

Landeshauptstadt Mainz – Gemeinsam für mehr Natur in der Stadt!

Die Landeshauptstadt Mainz will sich zu einer lebensfreundlichen Stadt entwickeln, die ihren Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives und gesundes Lebensumfeld bietet. Der biologischen Vielfalt und ihren Ökosystemleistungen wird dabei eine besondere Bedeutung zugemessen. Aus diesem Grund hat die Stadt Mainz im Mai 2010 die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen" unterzeichnet und damit erklärt, sich aktiv für den Erhalt der biologischen Vielfalt einzusetzen. Mit welchen Maßnahmen dies konkret erreicht werden kann, soll nun die „Mainzer Strategie zur biologischen Vielfalt" beschreiben, die durch einen Stadtratsbeschluß legitimiert bis zum Jahr 2015 unter Federführung des Umweltamtes erstellt wird.

Im Umweltamt war man sich von Beginn an darüber im Klaren, dass eine Biodiversitätsstrategie nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie möglichst viele Unterstützer findet. Um eine nachhaltige Beteiligungskultur aufzubauen und externes Wissen einzubeziehen, werden daher Akteure aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens in die Erarbeitung eingebunden. Bereits der Prozess bis zur Verabschiedung der Strategie wird somit genutzt, um aktiv für die Bedeutung der biologischen Vielfalt zu werben und mit konkreten Aktionen und Projekten dem Naturschutz eine größere Wirksamkeit zu verleihen. Bestes Beispiel für diesen Dreiklang aus Inklusion, Öffentlichkeitsarbeit und konkreten Maßnahmen ist das im Rahmen der Erarbeitung der Mainzer Biodiversitätsstrategie entstandene Programm zum Schutz von Gebäudebrütern.

Expertentipp:

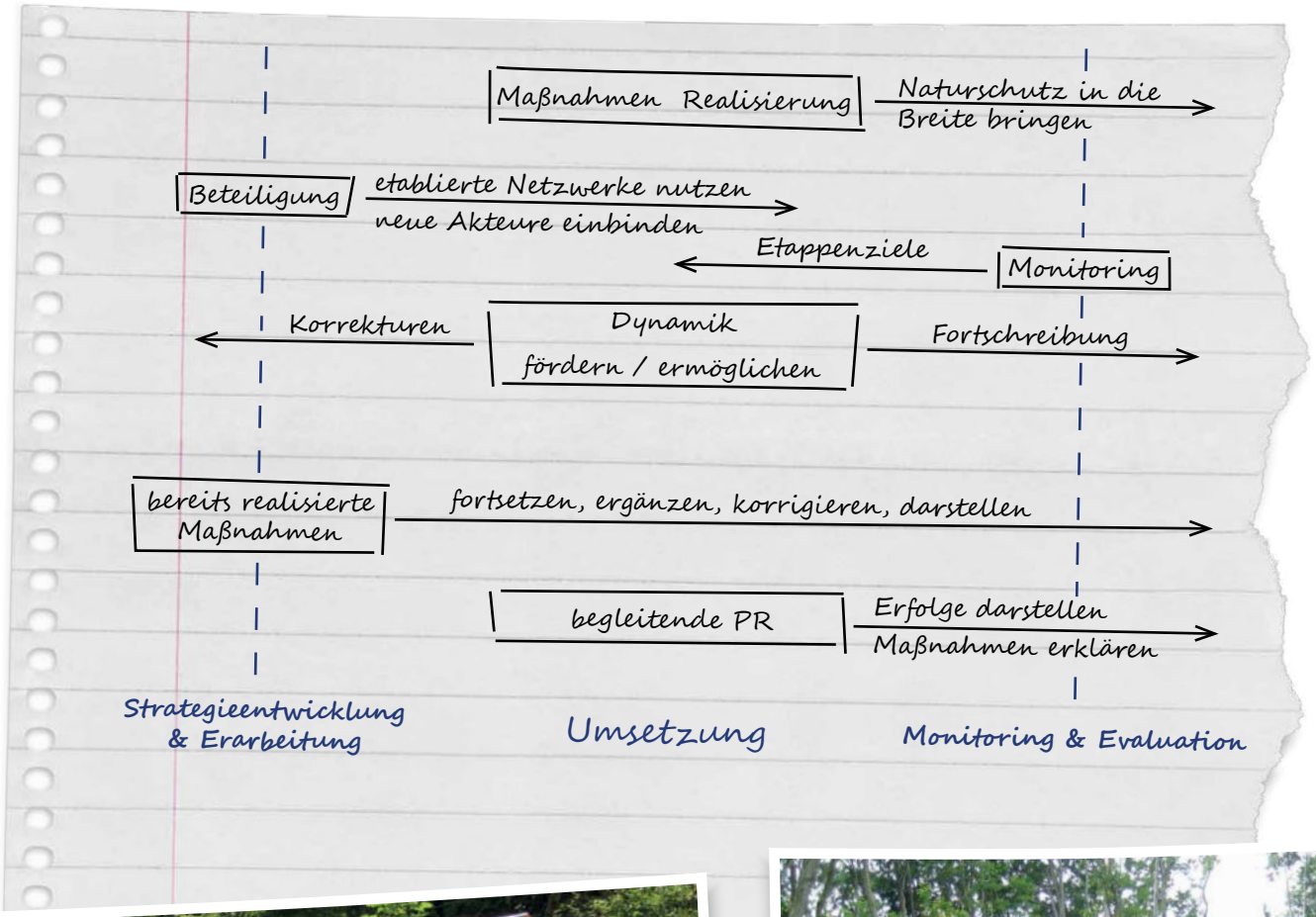
„Bei der Planung von Biodiversitätsstrategien sollten Ressourcen nicht nur für die Umsetzung konkreter Maßnahmen, sondern auch für den Prozess der Erarbeitung vorgesehen werden. Um ausreichend finanzielle und personelle Mittel durchsetzen zu können, ist es wiederum hilfreich, die mittelfristigen Einsparungen durch den Naturschutz – beispielsweise durch Verringerung der Mahdhäufigkeit – zu betonen."

Frau Sonja Gärtner
Landeshauptstadt Mainz
Umweltamt
Untere Naturschutzbehörde
E-Mail: sonja.gaertner@stadt.mainz.de

„Gebäudebrüter willkommen!" lautet das erste Schwerpunktthema, mit dem das Umweltamt Ziele und Maßnahmen für die Mainzer Biodiversitätsstrategie präsentierte. Mit einer Ausstellung im UmweltInformationsZentrum sowie Pressemitteilungen und Informationsmaterial für die Bürgerinnen und Bürger wurde über die als Kulturfolger an menschlichen Behausungen lebenden Tierarten und deren Bedrohung informiert. Parallel fanden Informationsveranstaltungen für die Verwaltung sowie für Energieberater, Architekten, Ingenieure und Handwerker statt. Die Ansprache oder Kooperation mit weiteren Externen wie beispielsweise einem Denkmalschutzverein, Reitvereinen, Schulen und Wohnbaugesellschaften folgen derzeit. Erste konkrete Maßnahmen können auch aufgrund des Engagements der beteiligten Akteure zeitnah umgesetzt werden: So hat die Stadt Mainz ein standardisiertes Meldewesen zur Bestandserfassung von Niststätten etabliert und stattet Mustergebäude mit Nisthilfen aus. Zur Verstetigung, Weiterentwicklung und Koordination der unterschiedlichen Aktivitäten sind ein Arbeitskreis „Gebäudebrüter" oder Senioren-Schulungen unter Einbezug der lokalen Naturschutzverbände angedacht.

Noch vor der Verabschiedung der Strategie können in Mainz damit konkrete Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt umgesetzt werden. Eine ähnliche Entwicklung erhofft man sich nun auch für andere Themenbereiche wie „Naturnahes Siedlungsgrün", für die eine vergleichbare Vorgehensweise geplant beziehungsweise bereits umgesetzt wird. Auf diese Weise könnten sich bis zur Verabschiedung der Biodiversitätsstrategie aktive Netzwerke zu unterschiedlichen Themen entwickeln, welche die entstehende Biodiversitätsstrategie mit Leben füllen und ihr die für eine erfolgreiche Umsetzung nötige Akzeptanz verleihen.

Die Verabschiedung einer kommunalen Biodiversitätsstrategie ist die eine, deren tatsächliche Umsetzung eine andere Sache. Da das Handeln verschiedener Akteure durch Zielvorgaben und Handlungsanweisungen nicht vollumfänglich steuerbar ist, kommt es im Rahmen der Umsetzung immer wieder zu zum Teil erheblichen Abweichungen. Gerade Strategiepapiere, die weniger auf einzelne Maßnahmen als vielmehr auf eine grundsätzliche Ausrichtung des kommunalen Naturschutzhandelns abzielen, bieten großen Handlungsspielraum. Mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen können bereits abgeschlossene Diskussionen mit ungeahnter Intensität neu aufbrechen und Akteure, die sich erst durch das Schaffen „konkreter Fakten" angesprochen fühlen, treten erstmals in Erscheinung. Die Eigendynamik dieser Phase birgt jedoch nicht nur die Gefahr, dass Planungen verzögert oder schlimmstenfalls sogar vereitelt werden. Sie bietet auch die Chance einer permanenten Anpassung an die gegebenen Realitäten und damit auf eine höhere Wirksamkeit und Akzeptanz durch die beteiligten Akteure.



Praxisbeispiel Landshut – „Zurück in die Zukunft“

Eine kommunale Biodiversitätsstrategie stellt in der Regel weder den Anfang noch das Ende der Bemühungen für den lokalen Naturschutz dar. Sie baut vielmehr auf bereits abgeschlossenen und noch laufenden Maßnahmen auf und gibt eine Vorstellung davon, wie diese in Zukunft fortgeführt, erweitert, ergänzt und im Sinne der kommunalen Naturschutzziele aufeinander abgestimmt werden können. In Landshut trägt die Tatsache, dass die Strategie an bereits laufende Projekte anknüpft, sogar wesentlich zu ihrer erfolgreichen Umsetzung und Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung bei: Erfolge aus bereits bestehenden und gut laufenden Projekten sind immer wieder in die Entwicklung der Biodiversitätsstrategie eingeflossen und veranschaulichen den Bürgerinnen und Bürgern, wohin der eingeschlagene Weg führt.

Beispielhaft hierfür ist die Ausweisung von Flächen, die einer natürlichen, vom Menschen unbeeinflussten Entwicklung überlassen werden. Bereits vor Verabschiedung der Biodiversitätsstrategie existierte im Landshuter Stadtwald ein solcher durch einen flächigen Sturmschaden entstandener „Wildnisbereich“, auf dem mit politischer Rückendeckung jegliche Pflege eingestellt wurde. Aufgrund des vielen Totholzes wirkte die Fläche auf viele Landshuter zunächst vor allem unaufgeräumt und Widerstand regte sich. Um der Bevölkerung die stattfindenden natürlichen Abläufe näher zu bringen, wurden daher zwei Infotafeln angebracht, Führungen angeboten und im Rahmen verschiedener Aktionen und Publikationen immer wieder auf die naturschutzfachliche Bedeutung der Fläche hingewiesen. Mittlerweile wird die Fläche akzeptiert und stellt ein beliebtes Ziel für Spaziergänge und Wanderungen dar.

Auch aufgrund dieser positiven Erfahrungen sollen laut Landshuter Biodiversitätsstrategie je nach Verfügbarkeit und unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit weitere Flächen auch im innerstädtischen Bereich sich selbst überlassen werden. Außerdem will man die Bürgerinnen und Bürger mit einer Kampagne dazu motivieren, „Wilde Ecken“ in ihren privaten Gärten zu schaffen.

Ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche Fortführung und Intensivierung bestehender Projekte ist die Zusammenarbeit der Stadt Landshut mit dem Arbeitsprojekt Mobile Ökologiewerkstatt (MÖWE) der Diakonie Landshut. MÖWE bietet Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose und schwerbehinderte Menschen im Bereich Umweltschutz und Grünanlagenpflege. Bereits seit über 20 Jahren greift die Stadt Landshut auf Dienstleistungen von MÖWE wie Mäharbeiten, Aufbau temporärer Amphibienschutzeinrichtungen oder Biotoppflege zurück. Aus dieser Kooperation ist schließlich die Idee entstanden, in der zur Einrichtung gehörenden Gärtnerei autochthone Mutterpflanzen seltener Arten an- und nachzuzüchten. Auf diese Weise soll laut Biodiversitätsstrategie bis 2020 der Bestand für ausgewählte seltene und stadtbedeutsame Arten in Landshut wieder deutlich erhöht werden.

Kommunale Biodiversitätsstrategien sind mit ihren Zielen und Maßnahmen vor allem in die Zukunft gerichtet. Die Beispiele veranschaulichen jedoch, dass diese im Sinne einer erfolgreichen Umsetzung zumindest in Teilen auch an bereits laufende und abgeschlossene Aktivitäten anknüpfen sollten. Auf diese Weise konnte in Landshut auch bei Bürgerinnen und Bürgern, die den Zielen des Naturschutzes eher skeptisch gegenüberstehen, eine positive Wahrnehmung der Strategie erreicht werden.

Expertentipp:

„Die Umsetzung konkreter Maßnahmen sollte stets sichtbar gemacht werden. Neben der obligatorischen Pressearbeit eignen sich hierzu besonders interaktive Instrumente, wie Ausstellungen, Führungen, Foto- oder Gestaltungswettbewerbe, da sie nicht nur für eine entsprechende Wahrnehmung sorgen, sondern die Menschen auch zum Mitmachen animieren.“

Herr Hans Ritthaler
Stadt Landshut
Fachbereich Naturschutz
E-Mail: hans.ritthaler@landshut.de

Die Evaluation kommunaler Biodiversitätsstrategien stellt nicht nur einen wichtigen Meilenstein des beschriebenen Strategieprozesses dar, sondern ist gleichzeitig auch Auslöser weiterer Entwicklungen. Während und nach der Umsetzung einzelner Maßnahmen können Korrekturen vorgenommen aber auch Erfolge beim Erhalt der biologischen Vielfalt vor Ort dokumentiert werden. Der Erfolg einer Biodiversitätsstrategie lässt sich jedoch nicht allein auf erfolgreiche Einzelmaßnahmen reduzieren, sondern spiegelt sich auch in einer gesteigerten Wertschätzung von Natur- und Landschaft wider. Erfolg ist zudem abhängig von der Wahrnehmung der beteiligten Akteure. Damit Strategieprozesse trotz naturschutzfachlicher Erfolge nicht als gescheitert empfunden werden, sollten sich alle Beteiligten auf eine gemeinsame Interpretation des Prozesses und seiner Ergebnisse einigen und diese entsprechend kommunizieren. Hierzu bedarf es, neben der Diskussion naturschutzfachlicher Erfolge, auch der Möglichkeit zur Reflexion kommunikativer, sozialer und methodischer Aspekte der Zusammenarbeit.

Gründe Monitoring

- Dokumentation von Erfolgen des Naturschutzes
- Ermittlung von relevanten Handlungsfeldern
- Städteranking
- Überprüfung von kommunalen Handlungszielen

Reichweite Monitoring

- Eingriffsbezogene Untersuchungen
- Flächenbezogene Kartierungen
- Monitoring bestimmter Artengruppen
- Inventarisierung von Schutzgebieten

Gegenstand Monitoring

- Schutzgebiete
- Artenbestandserfassung
- Innerstädtische Grünflächen
- Ausgaben für Naturschutz

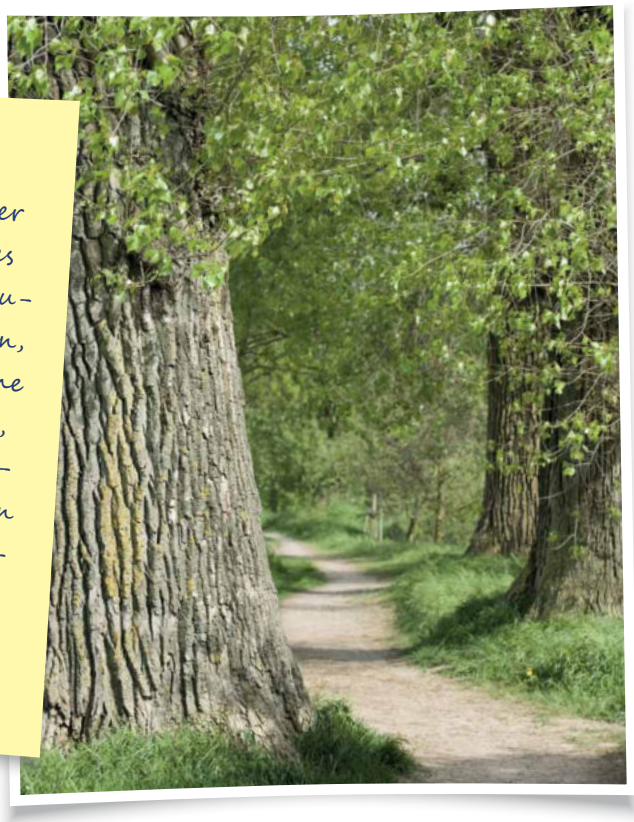
Kooperationen Monitoring

- Andere Fachämter
- Bürgerinnen & Bürger
- Forschungseinrichtungen
- Hochschulen
- Planungsbüros
- Naturschutzverbände

Expertentipp:

„Für eine umfassende Erfassung floristischer und faunistischer Daten zur Stadtnatur ist es unerlässlich auf die Hilfe externer Akteure zurückzugreifen. Um diese mit ins Boot zu holen, dürfen Informationen jedoch nicht nur in eine Richtung fließen. Auch Naturschutzverbände, ehrenamtlich Engagierte oder andere Institutionen müssen die Möglichkeit erhalten, auf den für ihre Belange wichtigen Datenpool zurückzugreifen."

Herr Dr. Ulrich Bößneck
Landeshauptstadt Erfurt
Umwelt- und Naturschutzamt
E-Mail: ulrich.boessneck@erfurt.de



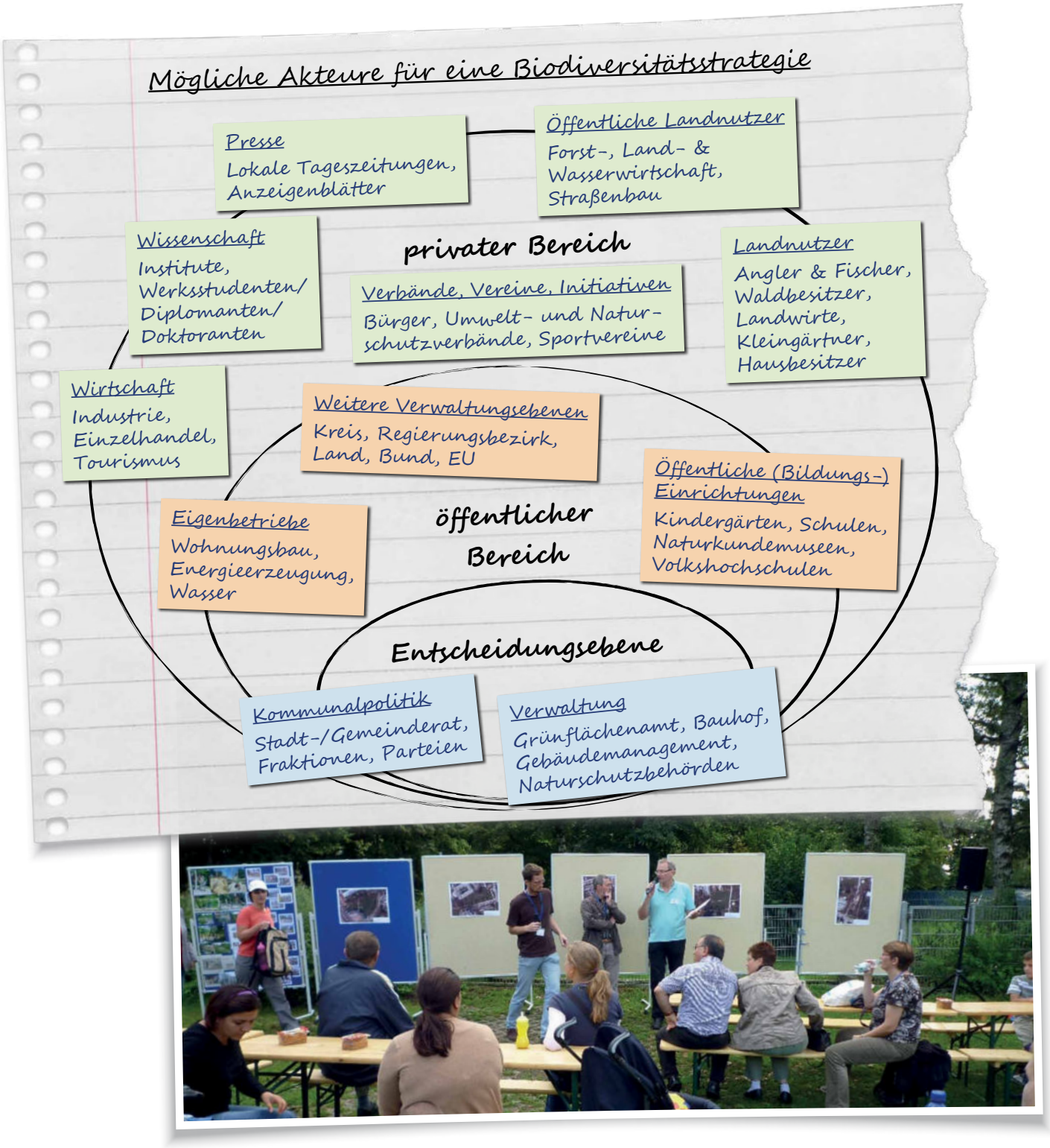
Landeshauptstadt Erfurt – Die Vermessung der Stadtnatur

2011 verabschiedete die Landeshauptstadt Erfurt ihren „Umsetzungsplan zur Deklaration Biologische Vielfalt in Kommunen". Darin geht es um mehr Schutzgebietsflächen, den Umgang mit Friedhöfen, Parks, Grünflächen und Alleen inmitten der Stadt sowie um Biotope außerhalb des Siedlungsbereichs. Kommen Laubfrosch, Kammmolch und Gelbspötter im Stadtgebiet noch vor? Mit umfassenden Kartierungen will Erfurt Arten und Biotope erfassen, um ihnen dann gezielt zu helfen.

So war beispielsweise ein Gutachten über das Vorkommen der bedrohten Schwarzpappel im Stadtgebiet Auslöser für die Ausweisung des geschützten Landschaftsbestandteils „Geraaue Kühnhausen". Jeweils mindestens zehn weitere Schwarzpappeln stehen zudem in den zwei zukünftigen Schutzgebieten „Krautgarten" und „Geraaue Molsdorf-Möbisburg". Die Schwarzpappel steht mittlerweile auf der Roten Liste bedrohter Pflanzenarten und gilt in Thüringen als vom Aussterben bedroht. Die großflächige Rodung von Auenwäldern, die Regulierung von Flussläufen, die Absenkungen des Grundwasserspiegels sowie die seit etwa 200 Jahren bevorzugte Verwendung anderer Pappelarten und die leichte Kreuzbarkeit mit diesen haben dazu geführt, dass ältere „echte" Schwarzpappeln schon eine kleine Sensation sind. In Erfurt wurden daher neben der Ausweisung der genannten Schutzgebiete weitere Maßnahmen zum Erhalt der letzten noch existierenden Einzelbäume getroffen: Im Rahmen von naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Schwarzpappeln verstärkt berücksichtigt und um die Anpflanzung von Jungbäumen zu fördern, existierte zwischenzeitlich sogar eine eigene Baumschule für nachgezogene Schwarzpappeln.

Neben den Bestandszahlen der Schwarzpappel liegen in Erfurt rund 200.000 weitere floristische und faunistische Daten für das Stadtgebiet vor, die in circa 750 schriftlichen Datenquellen dokumentiert sind. Bis 2015 soll zudem ein Kataster der wichtigsten systematischen Gruppen der im Stadtgebiet wildlebenden Tierarten erstellt und bis 2020 um weitere zoologische Gruppen sowie um Flechten und Großpilze ergänzt werden. Um eine derartige Datenmenge erheben und handhaben zu können, setzt man in Erfurt auf ein breites Netzwerk ehrenamtlicher Helfer sowie Kooperationen mit den lokalen Fach- und Naturschutzverbänden sowie weiteren Institutionen wie beispielsweise dem Naturkundemuseum Erfurt.

Welchen Wert eine solch umfassende Datensammlung für den praktischen Naturschutz vor Ort besitzt, verdeutlicht ein Blick in den Erfurter Landschaftsplan: Hier wurde beispielsweise zur Identifizierung von Gebieten für den Biotopverbund die Verteilung spezifischer Lebensraumtypen im Bestand dargestellt und eine möglichst kurze und sinnvolle Verbindung zwischen diesen Lebensraumtypen gesucht. Auf diese Weise konnten Maßnahmen zur Biotopvernetzung nicht nur im Sinne des Naturschutzes, sondern auch hinsichtlich der knappen kommunalen Ressourcen erfolgreich durchgeführt werden. Darüber hinaus wurde für die derzeit anstehende Überarbeitung des Landschaftsplanes ein Zielarten-Konzept entworfen, das 120 naturschutzrechtlich und/oder -fachlich besonders bedeutsame Tier-, Pflanzen- und Pilzarten umfasst, deren Vorkommen im Stadtgebiet bei allen Planungen berücksichtigt werden muss.



Gesetzliche Vorgaben, ein neuer Politikstil, Konfliktvermeidung, Nutzung externen Wissens oder die Sicherung der Umsetzung getroffener Entscheidungen: Es gibt viele gute Gründe, gesellschaftliche Akteure an der Entscheidungsfindung und -umsetzung zu beteiligen. Betont man die Formulierung eines gesellschaftlichen Konsens über zukünftige Leitlinien des kommunalen Naturschutzes als Wesensmerkmal kommunaler Biodiversitätsstrategien (siehe Einleitung), wird die aktive Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger jedoch zur zentralen Voraussetzung des Erfolgs. Gerade aufgrund der auf Langfristigkeit ausgelegten Ziele einer Strategie kommt es in hohem Maße darauf an, deren Bedeutung für das Zusammenspiel von Mensch und Natur entsprechend darzustellen und zu vermitteln. Nach dem Motto „Sage es mir und ich werde es vergessen. Zeige es mir und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich und ich werde es verstehen“ (Lao Tse) scheinen Dialog- und Beteiligungsprozesse in besonderer Weise dazu geeignet, tragfähige und dem Naturschutz zuträgliche Ergebnisse zu ermöglichen und alle Akteure für ein gemeinsames Ziel zu sensibilisieren.

„Beteilige mich und ich werde es verstehen“

Die vorangehenden Kapitel haben gezeigt, dass die Erarbeitung, Umsetzung und das Monitoring einer kommunalen Biodiversitätsstrategie komplexe Prozesse darstellen, bei denen Kommunen auf die Unterstützung einer Vielzahl von Akteuren angewiesen sind. Erfolgreiche Beteiligung erfordert jedoch eine sorgfältige Vorbereitung sowie die Einhaltung bestimmter Regeln. Ergebnisoffene und transparente Beteiligungsprozesse, bei denen sich alle Akteure auf Augenhöhe begegnen, stellen eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar und nur wer ernsthaft dazu bereit ist, sich auf Ideen und Argumente außerhalb gewohnter Denkmuster einzulassen, kann von der Dynamik und Kreativität solcher Prozesse profitieren.

Dabei kommt es vor allem darauf an, relevante Zielgruppen frühzeitig anzusprechen und sich in Form und Inhalt gezielt an diesen zu orientieren. Die Medien können hierbei wichtige Partner darstellen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken und Menschen für ein entsprechendes Engagement zu aktivieren. Es ist entscheidend, dass alle Akteure in die Lage versetzt werden, auch komplexe Themen auf Augenhöhe zu diskutieren. Gerade bei einem fachlich anspruchsvollen Thema wie Biodiversität kann dies eine nicht unerhebliche „Übersetzungarbeit“ erfordern. Dass hierzu bei Jugendlichen andere Kommunikationsformen gewählt werden sollten als bei Fachleuten aus den Naturschutzverbänden ist selbstverständlich und wissenschaftliche Studien – wie beispielsweise die Naturbewusstseinsstudie des Bundesamts für Naturschutz – liefern wertvolle Anhaltspunkte für eine zielgruppengerechte Aufarbeitung. Das richtige Timing stellt einen weiteren Erfolgsfaktor von Beteiligungsprozessen dar. Während in der Phase der Ideenfindung und Planung noch die größten Chancen zur Einflussnahme gegeben sind, wächst das öffentliche Interesse an Projekten in der Regel erst mit deren zunehmender Konkretisierung. Werden erst dann Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, wird dies jedoch häufig als Scheinpartizipation empfunden, da wesentliche Weichenstellungen bereits erfolgt sind.

Speziell für die Entwicklung und Umsetzung von Biodiversitätsstrategien gilt es, weitere Besonderheiten zu beachten: Im Gegensatz zu konkreten Planungsprozessen geht es nicht um einzelne Flächen oder die Lösung konkreter Nutzungskonflikte, sondern um die Entwicklung von Zukunftsvisionen für alle Bereiche des kommunalen Naturschutzes, eine aufeinander abgestimmte Planung dieser Bereiche sowie um die langfristige Umsetzung der definierten Ziele. Speziell die Entwicklungsphase einer Biodiversitätsstrategie stellt aufgrund des hohen Abstraktionsgrades und der Themenvielfalt hohe Anforderungen an das Wissen und die Ausdauer der beteiligten Akteure. Hier empfiehlt es sich, wie am Beispiel der Landeshauptstadt Mainz (siehe Kapitel 2) aufgezeigt wurde, den Prozess thematisch zu unterteilen und immer wieder durch Aktionen und Projekte auf eine konkrete Ebene zurückzuführen.

Es gibt keine Garantie für den Erfolg von Beteiligungsprozessen, aber ein professionelles Handwerkzeug und eine grundsätzliche Offenheit für die Dynamik solcher Prozesse sind gute Voraussetzungen dafür. Jedes Beteiligungsverfahren ist so einzigartig wie die Menschen und die Rahmenbedingen vor Ort. In diesem Sinne sollte man jeden Prozess auch als Lernerfahrung verstehen, aus der man mehr mitnehmen wird als das fachliche Ergebnis.

Expertentipp:

„Damit in Beteiligungsprozessen alle Stimmen gleichberechtigt Gehör finden, sollte auf eine erfahrene Moderation vertraut und anerkannte Verfahren eingesetzt werden, die einen transparenten, fairen und ergebnisorientierten Prozess ermöglichen und zu gemeinsam getragenen Lösung führen. Dabei gilt: Beteiligungsverfahren ersetzen keine demokratisch legitimierten Entscheidungen. Informelle Beteiligung muss immer Hand in Hand gehen mit den formalen Verfahren.“

Frau Agnes Dittmar
IFOK GmbH
E-Mail: agnes.dittmar@ifok.de

Exkurs: Erfolgsfaktoren

Bislang gibt es nur wenige Biodiversitätsstrategien auf kommunaler Ebene. Dementsprechend wertvoll sind die Erfahrungen jener Kommunen, die bereits eine Strategie verabschiedet haben oder momentan erarbeiten. Die Voraussetzungen und Bedarfe für die Förderung urbaner Biodiversität sind jedoch sehr unterschiedlich. Was aufgrund der in einer Kommune gemachten Erfahrungen als Erfolgsfaktor identifiziert wurde, muss nicht zwangsläufig auch den Erfolg in anderen Kontexten begründen. Kommunen mit starkem Nutzungsdruck müssen beispielsweise andere Wege zur Aufwertung von Grünstrukturen und Entwicklung der Biodiversität einschlagen als Städte, die auf ein zum Teil wachsendes Potenzial an Brachflächen zurückgreifen können. Letztlich muss jede Kommune ihren eigenen Weg bei der Entwicklung und Umsetzung einer Biodiversitätsstrategie finden. Die hier dargestellten Erfolgsfaktoren sollen die Aufmerksamkeit auf kritische Aspekte lenken und die handelnden Akteure entsprechend sensibilisieren.

Kommunen, die bereits eine Strategie entwickelt haben:

Berlin

3.531.201 Einwohner

Berlins Biologische Vielfalt – Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt

Landeshauptstadt Hannover

Niedersachsen / 525.875 Einwohner

Mehr Natur in der Stadt – Das Biodiversitätsprogramm in Hannover

Landeshauptstadt Erfurt

Thüringen / 206.384 Einwohner

Umsetzungsplan der Stadt Erfurt zur Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“

Stadt Landshut

Bayern / 64.258 Einwohner

Die Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Landshut

Stadt Ingolstadt

Bayern / 126.732 Einwohner

Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Ingolstadt. Lokale Umsetzung der Biodiversitätsstrategie

Stadt Augsburg

Bayern / 266.647 Einwohner

Augsburger Biodiversitätsstrategie

Gemeinde Vaterstetten

Bayern / 22.292 Einwohner

Vielfalt verbindet – Modellgemeinde Vaterstetten. Lokale Umsetzungsstrategie

GreenKeys – Stadtgrün als Schlüssel für nachhaltige Städte

Abschließend soll auf Erfahrungen aus dem Projekt „GreenKeys – Stadtgrün als Schlüssel für nachhaltige Städte“ eingegangen werden. Das Projekt beschäftigte sich zwischen 2005 und 2008 mit strategischen Ansätzen zur Entwicklung städtischer Grünflächen und bietet in vielen Bereichen Blaupausen auch für eine erfolgreiche Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen Biodiversitätsstrategien. Im Rahmen von GreenKeys wurden in insgesamt zwölf europäischen Kommunen Grünflächenstrategien erarbeitet und deren Umsetzung erprobt. Die Erfahrungen der Projektkommunen wurden zu einem Wissens-Pool zusammengefasst, zu dem neben den entstandenen Grünflächenstrategien auch Instrumente, Methoden sowie eine Handlungsanleitung zur Erstellung gesamtstädtischer Grünflächenstrategien einschließlich Checkliste gehören. Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit spielen auch bei der Erstellung von Grünstrategien eine bedeutende Rolle. Darüber hinaus haben sich im Projektverlauf weitere Erfolgsfaktoren herauskristallisiert, welche im Folgenden durch konkrete Fallbeispiele veranschaulicht werden.

Expertentipp:

„Strategiepapiere beinhalten häufig Ziele, die weit in die Zukunft reichen. Dadurch besteht die Gefahr, dass konkretes Handeln verschoben wird und sich das Interesse und die Motivation der beteiligten Akteure verflüchtigt. Kurz- und mittelfristige Ziele können hingegen über den ganzen Umsetzungsprozess hinweg Erfolgserlebnisse ermöglichen und somit der Strategie eine permanente öffentliche Wahrnehmung verleihen.“

Frau Dr. Juliane Mathey
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden (IÖR)
E-Mail: J.Mathey@ioer.de

Damit die besten Ideen für Naturschutzprojekte nicht am fehlenden Geld scheitern, sind Kommunen oftmals auf Finanzquellen abseits der klassischen Einnahmetöpfe angewiesen. Im Rahmen von GreenKeys wurden hierzu verschiedene Ansätze zusammengetragen. Beispielsweise wurde im italienischen Guilianova eine Antennensteuer zur Finanzierung neuer Grünflächen eigeführt und im niederländischen Alphen aan den Rijn konnten Einsparungen durch die Übertragung von Pflegeaufgaben an engagierte Bürgerinnen und Bürger erzielt werden. Einige Städte in England verwenden auch Einnahmen von Lotterien zur Aufwertung ihres Grünsystems. In Dresden kann zur Förderung des städtischen Grüns sogar auf einen eigens dafür eingerichteten Fonds zurückgegriffen werden: Der Fonds „StadtGrün“ wurde 1996 per Beschluss des Stadtrats ins Leben gerufen und wird seitdem ausschließlich aus Spenden „gespeist“. Bislang konnten mit Hilfe des Fonds zahlreiche Baumpflanzungen sowie die Sanierung und Rekultivierung des Briesnitzer Volksparks realisiert werden. Auch wenn die genannten Beispiele nicht uneingeschränkt übertragbar sind, verdeutlichen sie dennoch die Vielfalt möglicher Finanzierungsquellen, die noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Als weiterer Erfolgsfaktor konnte im Rahmen von GreenKeys die Verknüpfung kommunaler Grünstrategien mit weiteren Konzepten der Stadtentwicklung identifiziert werden. Die Bedeutung der Stadtnatur für die Lebensqualität der Menschen bietet hierzu zahlreiche Anknüpfungspunkte. In Leipzig spielte beispielsweise die Schaffung neuer Grünflächen eine bedeutende Rolle im „Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung“. Der Freizeit- und Erholungswert von Grünflächen im unmittelbaren Lebensumfeld sollte dazu beitragen, speziell den „Leipziger Osten“, der durch die Folgen massiven Bevölkerungsverlustes geprägt ist, wieder zu einem konkurrenz- und zukunftsfähigen Stadtteil zu entwickeln und den dort lebenden Menschen ein attraktives Lebensumfeld zu bieten. Durch solche Verknüpfungen, wie sie beispielsweise auch im Bereich des Tourismus oder der Klimawandelanpassung denkbar sind, kann die unmittelbare Bedeutung von Naturschutzmaßnahmen für die Menschen hervorgehoben und dadurch zusätzliche Akzeptanz erreicht werden.

Obwohl kommunale Biodiversitätsstrategien inhaltlich über Grünflächenstrategien hinausgehen, können die im Rahmen von GreenKeys identifizierten Erfolgsfaktoren also wertvolle Hinweise auch für deren Erarbeitung und Umsetzung bieten.

Checkliste Biodiversitätsstrategien

Ziele und Inhalte

- [ ] Wo liegen Stärken und Schwächen in Bezug auf den Naturschutz?
- [ ] Welche Ziele lassen sich auch kurz- und mittelfristig realisieren, um über den gesamten Strategieprozess Erfolge vorweisen zu können?
- [ ] Wo ergeben sich Anknüpfungspunkte zu weiteren Strategien/ Konzepten/Projekten im Bereich der Stadtentwicklung?

Strategieentwicklung & -erarbeitung

- [ ] Welche Vorgaben und Zeithorizonte müssen veranschlagt werden, um die Vielzahl unterschiedlicher Interessen auf ein konkretes Ziel hin zu bündeln?
- [ ] Wie lassen sich abstrakte, zukünftige Ziele veranschaulichen, so dass alle Beteiligten sich von Beginn an für die gemeinsame Umsetzung engagieren?
- [ ] Stehen für alle Phasen die nötigen Ressourcen zur Verfügung und wie können gegebenenfalls noch zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden?

Umsetzung

- [ ] Gibt es Anknüpfungspunkte zu früheren Projekten, auf deren Erfolge sich aufbauen lässt?
- [ ] Wie gelingt es, das Engagement und die Kritik von Menschen einzubinden, die erst durch das Schaffen konkreter Fakten mobilisiert werden?
- [ ] Wird für alle Beteiligten und Interessierten ausreichend sichtbar gemacht, was konkret umgesetzt wird und wurde?

Monitoring

- [ ] Welche Akteure haben ein Interesse an der Datenerfassung und wie kann deren Engagement eingebunden werden?
- [ ] Findet neben der Erhebung naturschutzfachlicher Kennzahlen auch eine gemeinsame Evaluation des gesamten Strategieprozesses durch alle Beteiligten statt?
- [ ] Herrscht Transparenz in Bezug auf die Evaluationsergebnisse und deren Konsequenzen?

Akteursbeteiligung

- [ ] Welche relevanten Akteure müssen berücksichtigt werden?
- [ ] Wie können zentrale Inhalte so aufbereitet werden, dass alle Akteure auf Augenhöhe diskutieren?
- [ ] Verfügen die den Beteiligungsprozess koordinierenden Akteure über die nötige Kompetenz in Bezug auf Methoden der Bürgerbeteiligung, Moderation von Diskussionsprozessen und Schlichtung von Konflikten?

Impressum

HERAUSGEBER

Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.

Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 07732 9995-50
Fax: 07732 9995-77

Kontakt: Tobias Herbst
Email: herbst@kommbio.de

BfN
Bundesamt für Naturschutz

Konstantinstraße 110
53179 Bonn
Tel.: 0228 8491-0
Fax: 0228 8491-9999

Kontakt: Florian Mayer
Email: florian.mayer@bfn.de

DUH
Deutsche Umwelthilfe e.V.

Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 07732 9995-50
Fax: 07732 9995-77

Kontakt: Tobias Herbst
Email: herbst@duh.de

BEARBEITUNG

Redaktion & Text: Tobias Herbst (DUH)
Gestaltung: Patricia Lütgebüter (DUH)

DRUCK

Druckerei Krammer, Radolfzell
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

BILDNACHWEIS

Umschlag: Leonardo Franko/fotolia.de | Zettel: picsfive/fotolia.de | S. 5 oben: COP | S. 5 unten: Stadt Bad Saulgau | S. 6: Dieter Nussbaum | S. 7: Gerlinde Marmont | S. 8: photoncatcher36/fotolia.de | S. 9: Kölner Grün Stiftung | S. 10-11: Stadt Landshut | S. 12: bambi79/fotolia.de | S. 13: Oskar/fotolia.de | S. 14: Stadt Dachau | S. 15: Stadtjugendring Sondershausen e.V. | S. 16: Kölner Grün Stiftung | S. 17: Stadt Münster.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

BfN Bundesamt für Naturschutz

Die Broschüre wurde vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Werden auch Sie Mitglied!

Alles Wissenswerte rund um das Bündnis sowie Beitrittsformulare finden Sie unter:

www.kommbio.de

Anregungen und Rückfragen richten Sie bitte an unsere Geschäftsstelle in Radolfzell.

leben.natur.vielfalt

die Strategie

KOMMUNEN für biologische Vielfalt

www.kommbio.de

BN Bundesamt für Naturschutz

www.biologischevielfalt.de

DeutscheUmwelthilfe

www.duh.de